

## Nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Globalisierung – ein Widerspruch?

Von Peer Steinbrück

11. November 2008

Sehr geehrter Herr von Weizsäcker, lieber Helmut Schmidt, Professor Biedenkopf, haben Sie sehr herzlichen Dank für Ihre warmherzigen Worte, Herr von Heydebreck, meine sehr geehrte Damen und Herrn,

ich habe keinen vorbereiteten Vortrag und werde Ihnen jetzt nicht irgendein gestanztes Referat vorlesen, und es kann sein, dass ich, bezogen auf das Thema, gelegentliche Exkurse betriebe, die manchmal vielleicht auch von dem engeren Themenbereich wegführen.

Ich habe mich gefragt, wann dieser Titel für die heutige Veranstaltung zustande gekommen ist, und ich muss ehrlich gestehen, die Frage scheint mir etwas absurd zu sein vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation, die wir haben, des Resonanzbodens wegen, auf dem wir uns im Augenblick bewegen. Die Frage sollte vielleicht viel eher lauten „Wie national *kann* die Wirtschaft in Deutschland noch sein?“ Es gibt kaum eine Wirtschaft weltweit, wenn wir noch von Nationalökonomie reden wollen, die international so sehr verwoben ist wie die bundesdeutsche. Ich vermute einmal, dass ungefähr 40 Prozent, vielleicht sogar mehr des deutschen Bruttoinlandsproduktes in Im- und Exportbeziehungen generiert werden. Ich vermute ferner, dass die Länder, die sich sonst als sehr exportaktive international vernetzte Ökonomie wahrnehmen, zum Beispiel die USA, allenfalls 12 bis 15 Prozent ihres Bruttosozialproduktes in weltweiten Im- und Exportbeziehungen generieren. Im Fall von Japan sind es 20 bis 25 Prozent. Das ist den wenigsten Menschen in Deutschland bewusst – gerade auch vor dem Hintergrund einer ja durchaus kritisch geführten Debatte über die Ambivalenz der Globalisierung. Deutschland ist einer der großen Profiteure dieser Internationalisierung, Europäisierung – jedenfalls über lange Zeiten seit den Römischen Verträgen – und darüber hinaus auch der Globalisierung, was erstaunlicherweise wenigen Menschen in Deutschland gegenwärtig ist, weil diese Globalisierung durchaus zwei Seiten einer Medaille hat. Es gibt Gewinner, es gibt erkennbar auch einige Verlierer, die atemlos in dem damit verbundenen Strukturwandel sind, und es gibt, was wahrscheinlich nicht zu unterschätzen ist, das sehr amorphe Gefühl von Verlierer- und Verlustängsten, die politisch manifest werden können. Und ob uns das passt oder nicht; dies ist politisch relevant.

Die Bundesrepublik Deutschland ist also darauf angewiesen, diese Globalisierung anzunehmen, und all diejenigen, die gelegentlich auch in manchen Reden insinuiieren, insbesondere mit Blick auf die vermeintlichen Verlierer, die Antwort auf diese Herausforderung könnte darin liegen, sich abzukoppeln, quasi an den Grenzen unseres Landes das Rollo herunterzulassen und sich allein auf uns selber zu konzentrieren, zu meinen, dies sei eine Antwort auf die Globalisierung und damit die Beseitigung aller Probleme, die nehmen fahrlässig – einige, so behaupte ich, vorsätzlich – Wohlstandsverluste für die Bundesrepublik Deutschland in Kauf. Insofern geht es in meinen Augen gar nicht mehr um die Frage, wie national soll die Wirtschaft in Deutschland sein; in meinen Augen ist sie geradezu gezwungen, sich international auszurichten, was zunehmend gilt, nicht nur für die großen Player, die wir alle vor unserem geistigen Auge haben, sondern auch mit Blick auf das sehr starke Segment des deutschen Mittelstandes, der zunehmend fähig ist und sehr gut ist, sich auch international zu engagieren und Exportaktivitäten zu entwickeln. Nach wie vor ist diese Bundesrepublik Deutschland Exportweltmeister. Ob das so bleibt, bleibt abzuwarten, aber aus dieser Rolle zurückzufallen in einer sehr nationalstaatliche Orientierung wäre in meinen Augen nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch falsch.

Es gibt keinen anderen Bereich, der so globalisiert ist, wie die Finanzwirtschaft, man kann sagen, wie die Finanzindustrie. Die Vorstellung, man könnte eine Antwort allein in nationalstaatlicher Reichweite finden, auch auf die gegenwärtigen Probleme, führt in die Irre. Der tägliche grenzüberschreitende Kapitalverkehr mit ungeheuren Summen entzieht sich jeder nationalstaatlichen Lösung, Kontrolle oder, im Sinne von Helmut Schmidt, Verkehrsregel. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob diese Überschrift von Ihnen kreiert worden ist zu einem Zeitpunkt, als man auch sehr kritisch über die Aktivitäten von Staatsfonds redete und vielleicht mit dieser Fragestellung eine Antwort gesucht wurde, wie man sich denn diesen Staatsfonds etwas entziehen kann, in dem Augenblick, wo vielleicht in einer längeren Perspektive zu befürchten ist, dass manches dieser Fonds nicht nur Rendite-Erwartungen oder ökonomische Ziele mit dem Engagement verbindet, sondern eventuell auch politische; zum Beispiel in sehr sensitive Netze hineinzukommen, Technologie zu absorbieren, eventuell die öffentliche Meinung in einem Land zu beeinflussen, also Dinge, wo wir unter der Überschrift von *public order and public security* sagen würden, da müssen wir uns gegen wehren und eine Abschirmung auf nationalstaatlicher Basis gegenüber solchen eventuellen Aktivitäten von Staatsfonds entwickeln. Tatsächlich hat sich die Debatte über Staatsfonds innerhalb der letzten fünf, sechs Monate fundamental verändert. Wir stellen plötzlich fest, dass diese Staatsfonds maßgeblich dazu bei-

getragen haben, kontinentaleuropäische und amerikanische Banken zu stabilisieren, zu rekapitalisieren. Und plötzlich erscheinen diese Staatsfonds in einem ganz anderen Licht als in der seinerzeitigen Diskussionskonjunktur, sie seien eine Art Bedrohung für uns. Wir stellen plötzlich fest, dass vor dem Hintergrund eines weltweit vom IMF derzeit geschätzten Wertberichtigungsbedarfes von über 1,4 Billionen US-Dollar bisher eine Rekapitalisierung von ungefähr 350 bis 400 Milliarden US-Dollar stattgefunden hat, und ein wesentlicher Teil dieser Rekapitalisierung wurde von Staatsfonds vorgenommen. Damit bin ich gar nicht bei so vielen Zahlen, sondern ich versuche ein Spotlight auf das zu werfen, was gerade stattgefunden hat und in der Tat unvorstellbare Ausmaße hat. Ich weiß, dass man in Deutschland sehr vorsichtig sein soll mit historischen Analogien. Die gehen meistens in die Hose, wie wir gerade in den jüngsten Tagen wieder erfahren haben. Aber ich glaube, die Einschätzung ist zutreffend, dass diese Finanzkrise in der Tiefenschärfe durchaus verglichen werden kann mit den Entwicklungen von 1929 und 1930, und politisch, erkennbar für die Bundesregierung, stand dabei ein Thema im Mittelpunkt unserer Überlegung; der Wahrnehmung politischer Verantwortung, auf die ich in einem ersten Exkurs eingehen möchte.

Sie alle haben vielleicht die Erinnerung, dass es im Fall einer britischen Bank, Northern Rock, Photos gegeben hat, wie viele Menschen vor den Filialen dieser Bank Schlange gestanden haben, um an ihr Geld heranzukommen. 150 bis 200 Leute waren erkennbar verunsichert, in dem Bemühen, ihre Konten leer zu räumen, das Geld in die Hand zu nehmen und gegebenenfalls unter ihre Matratze zu legen. Mich haben diese Bilder seinerzeit, die auf ein spezifisches Verhalten der Bank of England zurückgingen, sehr beschäftigt, weil mich die Frage sehr stark gefangengenommen hat, was in Deutschland passieren würde, wenn vor einem Kreditinstitut – egal ob vor einer Genossenschaftsbank, einer Sparkasse, einer privaten Geschäftsbank – 50, 100 oder 200 Leute Schlange stehen würden, um ihr Geld zu kriegen. Meine Warnung war historisch, und Heinrich August Winkler wird mich vielleicht mit Blick auf seine bemerkenswerte Publikation „Der lange Weg nach Westen“ darin bestärken, dass automatisch in Deutschland Photos von 1929 und 1930 hinzugefügt würden. Die Assoziation in diesem Land wäre ganz anderer Art gewesen, als bei den in dieser Frage sehr viel abgeklärteren, vielleicht auch vom *common sense* geprägten Briten, was nicht weiter verwunderlich ist. Die Traumatisierung dieses kurzen und dramatischen, um nicht zu sagen tragischen, 20. Jahrhunderts sind in Deutschland sehr viel weitreichender, als in sehr vielen anderen Ländern, die von dieser Finanzmarktkrise – nicht weniger, sondern viele von ihnen mehr – betroffen sind. Diese Traumatisierungen haben natürlich zu tun mit dem Datum 1918, sie haben etwas zu tun mit der In-

flation 1923, mit der Weltwirtschaftskrise, mit der Zeit von Adolf Nazi 1933 bis 1945, sie haben etwas zu tun mit der Erfahrung einer Währungsreform 1948 und mit einer zweiten Währungsreform, die die meisten von Ihnen, wenn ich in Ihre Gesichter schaue, längst vergessen haben. Aber für 17 bis 18 Millionen Deutsche hat es eine zweite Währungsreform Anfang der neunziger Jahre gegeben. Dies ist, wie ich glaube, in den deutschen Mentalitäten tief verwurzelt. Das heißt, ein Krisenmanagement zu entwickeln, dass sich auch dieser historischen Dimension in Deutschland bewusst gewesen ist, war mit leitend auch für das, was wir politisch getan haben. Und darin unterscheiden wir uns erkennbar von anderen Ländern.

Das andere Spotlight ist, dass es bis vor einem halben Jahr an der Wallstreet fünf oder sechs Investmentbanken gegeben hat; die Meister des Universums. Wir haben sie alle besucht, fast in einer devoten und bewundernden Haltung, weil diese „Spartenbanken“ vielleicht die Zukunft darzustellen schienen. Heute gibt es an der Wallstreet keine einzige Investmentbank mehr. Sie sind pleite gegangen oder verheiratet worden, und die beiden letzten, die es gegeben hat, haben sich umgewandelt in eine Universalbank. Die Amerikaner reden, glaube ich, von „bank holding company“. Russische Oligarchen machten gerade die Erfahrung, dass der Turbokapitalismus nicht nur nach oben geht, sondern auch zu Vermögensvernichtung führen kann. Wir machen plötzlich die Erfahrung, dass es insbesondere in den USA sehr stark darauf ankommt, einen enormen Kapitalbedarf vor dem Hintergrund der enormen Defizite, die sowohl der Staat, wie auch die amerikanischen Konsumenten haben, es sehr wichtig ist, von einem Land diesen Kapitalimport zu bekommen, der eigentlich der ideologische Gegner ist. Ein chinesischer Staatsfonds, also ein Staatsfonds eines autokratischen, staatskapitalistischen Systems mit einem kommunistischen Überbau engagiert sich bei dem Prototypen des Turbokapitalismus des 21. Jahrhunderts, und der heißt Blackstone, und stellt fest, dass sie Geld verlieren können und sind erstaunlich ruhig und still. Und der Kapitalimport aus China in die USA dürfte sich ungefähr in einer Dimension von 1.000 Milliarden US-Dollar bewegen. Ich vermute mal, dass die Chinesen bei Fannie Mae und Freddie Mac engagiert sind – nicht unter einem dreistelligen Milliardenbetrag. Wir stellen fest, dass die Monstranz, die uns lange vorgehalten worden ist seit den Zeiten von Maggie Thatcher und Ronald Reagan – einer Totalderegulierung, einer fast vulgär-liberalen Auffassung, wie Wirtschaft zu funktionieren hat – falsifiziert wird. Da mag es sein, dass die Politik in Deutschland versagt hat, weil sie dieser Monstranz lange mitgefolgt ist, aber ich mache es Ihnen an diesem Abend auch nicht sehr leicht. In den Hochglanzmagazinen, die sich Wirtschaftsmagazine nennen und in vielen Wirtschaftsseiten von Zeitungen ist uns das doch lange entgegeng gehalten worden, es solle der Markt richten;

der Staat solle sich zurückhalten, er ist sowieso unfähig und ineffizient. Die Zeitökonomie der Politik funktioniert nicht richtig. Und die Politiker verstehen sowieso nichts von Ökonomie. Haltet euch also zurück, der Markt wird sich schon selber disziplinieren. Und am Ende träufelt aus all diesen chaotischen Prozessen und den tausenden Entscheidungen, die auf dem Markt getroffen werden - das Allgemeinwohl. Und plötzlich stimmt es nicht mehr, sondern wir stellen fest, dass es zu exzessiven Spekulationen kommt, dass es erkennbar keine Sicherungskästen an der Wand, keine Halteseile gibt. Wir stellen fest, dass es ausgerechnet in dem Bereich der am globalisiertesten und dynamischsten ist zu Spekulationswellen kommen kann, die inzwischen nicht nur mehr Kreditinstitute in ihrer Existenz gefährden, sondern, und das ist das nächste Spotlight, ganze Staaten. Hätten Sie vor fünf Wochen einen Staatsbankrott von Island für möglich gehalten, hätten Sie eine Hilfsaktion für Ungarn in der Größenordnung von 25 Milliarden für möglich gehalten? Oder hätten Sie es für möglich gehalten, dass vor dem Hintergrund erheblicher Zahlungsbilanzprobleme ein Mitgliedsland der Euro-Gruppe ebenfalls in Verlegenheit kommen könnte? Das ist die Qualität der Veränderungen, die dort stattgefunden hat.

Viele haben es hingenommen, dass man eine Zielsetzung öffentlich kommunizieren kann nach dem Motto, ich möchte 25 Prozent Eigenkapitalrendite haben, und alle haben es für erstrebenswert gehalten, auch 25 Prozent Eigenkapitalrendite zu bekommen, was in der realen Wirtschaft so gut wie unmöglich ist. Und plötzlich stellt man fest, dass diejenigen, die wirklich auf Dauer 25 Prozent Eigenkapitalrendite haben wollen, dies nur bekommen können unter einer erheblichen Beschädigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes. Plötzlich ist dann von Bescheidenheit die Rede, von Augenmaß, von Balance, Proportion. Ich rede in diesem Zusammenhang nicht allein über die ökonomischen Kosten. Wie Herr Professor Biedenkopf andeutete, gibt es darüber hinaus auch die Frage nach den politischen gesellschaftlichen Kosten, und die sind sehr ernst zu nehmen, gerade von wichtigen Entscheidungsträgern, wie sie auch hier versammelt sind. Für Menschen, die ein „normales“ Lebensumfeld haben, ist eine Summe von 500 Milliarden Euro als Abschirmung im Sinne eines Krisenmanagements eine unfassbare Größe. Ich selber weiß aus dem Stand gar nicht, wie viele Nullen 500 Milliarden Euro haben. Wenn dann der Zusatz kommt, dass diese 500 Milliarden Euro eine Unterstützungsaktion für die Banken sind und der nächste Satz lautet, dass diese 500 Milliarden nicht eine Unterstützung für die Banken, sondern für die Banker sind, und wenn dann noch eine Handbewegung mitgeliefert wird, dann kann man auf dem Klavier der Vorurteile und Reflexe sehr leicht spielen. Für diese Menschen ist nämlich nicht nur diese Zahl unfassbar,

sondern es ist unfassbar für sie, was überhaupt auf den Finanzmärkten stattfindet mit diesen immer neu innovierten Produkten, deren Namen kaum noch jemand nachvollziehen kann. Oder haben Sie vor einem Jahr gewusst, was ein Conduit ist, ein Investmentvehikel – das ist eine Sprache, die klar exkludiert, eine Sprache von Insidern, aus der 79,8 Millionen Deutsche ausgeschlossen bleiben – es ist also für die Menschen ein anonymes, schwer zu dekodierendes Feld mit sehr komplexen Vorgängen in Größenordnungen, die unfassbar sind. Sie assoziieren dies automatisch auch mit einigen anderen Nachrichten, mit der Entwicklung von Manager-Gehältern; ob sie wollen oder nicht. Und sie fragen, ob diese Manager-Gehälter noch in einer Beziehung zur Leistung stehen, weil sie doch von vielen Politikern und öffentlich auftretenden Stimmen gehört haben, dass sich Leistung in Deutschland lohnen und bezahlt werden soll. Aber ist das Gehalt von Vorständen, das ungefähr um das 500fache so groß sein dürfte, wie das Durchschnittsgehalt des Beschäftigten dieser Firma, noch leistungsbezogen – aus der Sicht von vielen Menschen? Dazu hören sie vom Bonussystem, sie hören von zweistelligen Abfindungen, teilweise in solchen Fällen, wo die Manager erkennbar keine Leistung gebracht haben. Ich werde den Vorstandsvorsitzenden, der eine meiner Aktien in den Keller gebracht hat, nie vergessen. Der hat anschließend prozessiert um einen zweistelligen Millionenbetrag als Abfindung. Diese Menschen haben noch mehr auf ihrer Agenda, nicht, dass sie glauben, die ganze Republik in den oberen Einkommenssetagen besteht aus Steuerbetrügnern; aber den einen oder anderen Fall haben sie schon parat, dass es in manchen Einkommenskategorien nicht unbedingt als kriminell empfunden wird, im Zuge des freien Kapitalverkehrs Kapital nicht nur nach Liechtenstein oder die Schweiz oder anderswohin zu verbringen, sondern gleichzeitig Steuerhinterziehung, ja vielleicht sogar Steuerbetrug zu betreiben. Einige dieser Menschen lesen in den Zeitungen, dass bei einem großen börsennotierten Unternehmen etwas vorkommt, was in der Geschichte dieser Republik fast unfassbar ist – Korruption! Und einige kriegen Praktiken mit bei einem großen Automobilkonzern bis hin zu Reisen nach Brasilien, die einen solchen *hautgout* haben, dass es bis hier hin stinkt. Das verbinden diese Menschen, ob Sie oder ich das wollen, oder nicht. Daraus resultieren zwei Gefahren. Die erste Gefahr ist, dass diese Menschen glauben, dass dieses Modell der sozialen Marktwirtschaft in eine Unwucht geraten ist und das ihren Wünschen und Vorstellungen von Anständigkeit auch nicht mehr entspricht. Im schlimmsten Fall führt dies zu einer Legitimationskrise dieses Wirtschafts- und Ordnungsmodells. Im günstigsten Fall führt das vielleicht dazu, dass viele Menschen sagen, ich geh gar nicht mehr wählen; sie entziehen sich der Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess. Einige sind vielleicht bereit, relativ radikal zu wählen nach dem Motto, den Etablierten wischen wir mal eine aus. Das führt zu der zweiten Gefahr, dass

gar nicht auszuschließen ist, dass es einige politische Kräfte gibt, die auf diesem Klavier der Vorurteile versuchen, Geländegewinne zu erzielen. Das ist nicht so schwer. Ich könnte auch eine Rede halten in einem großen Saal, wo anschließend der überwiegende Teil auf den Bäumen ist. Die politische Verantwortung besteht darin, die Leitern zu finden, um sie von den Bäumen wieder herunterzuholen und sie möglichst an die Hand zu nehmen. Aber ich bitte Sie, diese Gefahr zu sehen, dass ein bewährtes System, das in meinen Augen kongenial verbindet – leistungsfähige Märkte, individuelle Freiheiten, intakte demokratische Institutionen und einen sozialen Ausgleich – in Frage gestellt werden könnte, übrigens auch mit Blick auf die Frage der Systemkonkurrenz weltweit. Warum sollten Schwellenländer nicht plötzlich autokratische staatskapitalistische Systeme besser finden als unser System, insbesondere, wenn es einige Beispiele gibt, die Entwicklungsgeschwindigkeiten von ungeahntem Ausmaß vorlegen und Wachstumsraten von 8, 9 oder 10 Prozent kommen, und für die es eine Rezession ist, wenn sie nur 7 Prozent haben, wie die Volksrepublik China. Diese Gefahr bitte ich nicht zu unterschätzen.

Wir sind dann bei einem Thema, das auch etwas zu tun hat mit Vorbildfunktion, mit Werten. Die kann ich nicht revolutionieren, durchsetzen über Gesetze oder Verordnungen. Und es wäre zu leicht, wenn Sie den Eindruck hätten, es sei allein Aufgabe der nationalen Politik nach dem Motto, die Politik ist der Betriebsdoktor dieser Gesellschaft – wenn etwas schief läuft, muss die Politik die Stange wieder geradebiegen und für einen gemeinsamen Wertekanon sorgen. So leicht lasse ich Sie aus Ihrer Verantwortung, egal, wo Sie sitzen, nicht heraus, so weit Sie Unternehmen, Verbände, Medien repräsentieren oder wissenschaftlich tätig sind.

Das bringt mich zu dem Exkurs, dass ich geradezu umzingelt bin von Professoren, die alle genau wissen, weshalb diese Finanzkrise zustande gekommen ist und wie die Antworten richtig lauten. Kein Artikel, in dem nicht Professoren genannt werden, von denen ich in meinem ganzen Leben noch nie gehört habe, die aber genau wissen: Herr Lehrer, ich weiß was, im Keller ist das Licht an. Mit zwei Unterschieden: Das, was sie sagen, wird bei denen nie auf Wiedervorlage gelegt; bei mir ja, und sie haben keinerlei Verantwortung für die Konsequenzen und dafür Sorge zu tragen, dass Schlussfolgerungen auch wirklich in Politik umgewandelt werden. Das überlassen sie dann anderen. Sie müssen sich eigentlich immer gegenseitig überbieten, weil sie sonst keinen Neuigkeitswert mehr haben. Der eine muss den anderen in diesem Rattenrennen überbieten, damit er öffentlich wahrgenommen wird. Das ist etwas, was Sie, wenn Sie auf die Politik gucken, ja eher als negativ empfinden.

Ich glaube, dass eine Antwort auf diese Finanzkrise national in der Tat nicht mehr zu erreichen ist, sondern nur noch international gelingt, und dass die Stichworte eigentlich auf der Hand liegen. Es geht um einen regulatorischen und institutionellen Rahmen, um – und ich scheue mich nicht, den Begriff zu wiederholen, den Helmut Schmidt in Hamburg in einer gemeinsamen Veranstaltung geprägt hat - Verkehrsregeln zu entwickeln. Ausgerechnet in dem Bereich, der sich so dynamisch entwickelt, gibt es diese international nur sehr rudimentär. Ich will auf einige der Stichworte dazu eingehen.

Ich werde in Deutschland vielleicht Leerverkäufe gesetzlich verbieten können, aber das wird nichts nützen, denn das Kapital wandert ab. Ich werde in Deutschland vielleicht mit dem Deutschen Bundestag und Bundesrat durchsetzen können, dass nicht mehr 100 Prozent der Kreditrisiken in Verbriefungen Eingang finden können, die dann gehandelt werden können, sondern ich möchte, dass 20 Prozent von den Kreditinstituten gehalten werden, weil es einen selbstdisziplinierenden Charakter hätte, wenn die auf 20 Prozent der Kreditrisiken selber sitzenbleiben und sie nicht mehr einfach weitergeben. Aber das würde hier nichts nützen. Ich könnte hier Eigenkapitalstandards neu festlegen, aber es würde gar nichts nützen, wenn ich das nicht europäisch oder sogar international mache. Das heißt, wir sind zwingend darauf angewiesen, nicht nur auf der Ebene der Euro-Gruppe, sondern der Europäischen Union und darüber hinaus unter Einbeziehung insbesondere des angloamerikanischen Bereiches zu solchen Spielregeln zu kommen. Was sind solche Spielregeln? Eine Spielregel ist, dass diese hochkomplexen Produkte nicht mehr außerhalb der Bilanzen geführt werden dürfen, sondern auf die Bilanzen zurückgeholt werden müssen und mit Eigenkapital unterlegt werden. Eine der wichtigen Spielregeln, die wir brauchen, ist, dass es nicht mehr unregulierte Märkte von Unternehmen mit einem juristischen Sitz auf Inseln geben darf, die Sie und ich weitestgehend nur aus Tourismusprospekten kennen. Eine Spielregel muss sein, dass erkennbar vor dem Hintergrund der Liquiditätsengpässe, die viele Banken haben, wir offenbar so etwas wie internationale Liquiditätsstandards brauchen, denn eines der Hauptprobleme in dieser Vertrauenskrise liegt darin, dass der Inter-Bankenverkehr fast ausgetrocknet ist. Diejenigen, die Liquidität haben, sitzen auf dieser Liquidität wie ein Huhn, und diejenigen, die keine Liquidität haben, sind so atemlos, dass ich die Geräusche gar nicht nachmachen kann. Diejenigen, die die Liquidität haben, leihen diese nicht mehr an die Institute aus, die sie brauchen, sondern halten sich fest an das Zentralbanksystem, und das zu Bedingungen, wo sie früher nicht eine Sekunde darüber nachgedacht hätten, zu 2 oder 2,5 Prozent ihre Liquidität dem Zentralbanksystem



zur Verfügung zu stellen. Das tun sie aber, aufgrund eines hohen Misstrauens nach dem Motto, wenn ich das einem Counterpart auf dem Markt einer anderen Bank ausleihe, dann weiß ich ja gar nicht, ob ich das Geld wiederbekomme. Und wissen Sie, was das Zentralbanksystem macht? Das leiht dieses Geld zu 10 oder 11 Prozent aus. Deswegen schaue ich mit offenen Augen, wie denn der Bundesbankgewinn nächstes Jahr sein wird?! Wissen Sie, wer den Bundesbankgewinn bekommt? Ich!

Das nächste ist, dass es offenbar Anreize gibt, die vollkommen in die Irre führen. Solange Manager in ihren variablen Bestandteilen, in Quartalsbilanzperspektiven die Höhe dieser variablen Bestandteile so bezahlt bekommen, dass sie viel Masse und viel Volumen akquirieren und auf die Bilanz nehmen, ohne darauf zu achten, welche Risiko dabei sind, haben wir es mit einem falschen Anreizsystem zu tun. Die Risikomanagementsysteme innerhalb der Banken sind nicht in Ordnung. Wir brauchen offenbar eine grenzüberschreitende Bankenaufsicht. Wahrscheinlich müssen wir auch einiges tun im Hinblick auf unsere nationale Aufsicht, im Zusammenwirken von Bundesbank und BaFin. Aber wir brauchen vor dem Hintergrund dieses grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs erkennbar eine sehr viel verbesserte Konvergenz, Kooperation bis hin zu - eines Tages vielleicht – einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht, vielleicht einer Allfinanzaufsicht, weil wir ja nicht nur auf Banken, sondern auch auf Versicherungen und den Wertpapierhandel schauen müssen. Wir müssen auch die anzuzweifelnde Rolle von Rating-Agenturen auf die Tagesordnung setzen. Wir stellen fest, dass diese Rating-Agenturen teilweise in einem Interessenkonflikt tätig gewesen sind. Sie waren dabei, als es um die Beratung ging, solche Produkte zu strukturieren, und am Ende des Prozesses waren sie dabei, die Schulnoten, sprich: die Ratings zu geben. Das ist so, als ob die Stiftung Warentest die Produkte prüft, die Sie gern kaufen wollen, aber anschließend am Umsatz beteiligt ist.

Dies sind einige der Stichworte, die nicht nur auf die Tagesordnung gehören, sondern sie sind gesetzt, und es gibt inzwischen Fortschritte, die weit über das hinausgehen, was wir öffentlich debattieren. Die G7-Gruppe hat im April auf der Basis von Vorschlägen des *Financial Stability Forum* eine ganze Reihe solcher Vorschläge nicht nur verabschiedet, sondern in einem 100-Tage-Programm auch schon der Implementierung zugeführt. Der Ecofin, der Finanzministerrat der Europäischen Union, hat eine Roadmap verabschiedet, und das Treffen jetzt am Freitag und Samstag, der so genannte Finanzgipfel, soll dies verstärken, bestätigen und das Mandat erteilen, einen solchen regulatorischen und institutionellen Rahmen zu verankern. In

meinen Augen bietet sich der IMF dafür an; in Kooperation mit dem *Financial Stability Forum*, das von dem italienischen Notenbankpräsidenten Mario Draghi sehr tüchtig geleitet wird. Er hat sehr weitreichende und bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Ich will also damit sagen, dass ich dagegen bin, dass wir eine neue Institution gründen, sondern möglichst eine Institution finden, der aber ein entsprechendes Mandat erteilt werden muss, eine Institution, die organisatorisch auch von den Qualifikationen der Leute, die dort tätig sind, in der Lage ist, solche Spielregeln umzusetzen und *zu überwachen*. Es werden einige fragen, wie denn die Überwachung geschehen soll, und ich sage, der Stabilitäts- und Wachstumspakt in Europa kennt auch solche Überwachungen. Der kennt Kriminalisierungen. Deutschland ist 2005 einmal fast in die Verlegenheit gekommen, aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt eine solche Pönalisierung zu erfahren, weil wir das 3-Prozent-Verschuldenskriterium deutlich überschritten hatten. Einige sagen, ja, wenn man das alles nicht mehr national, sondern nur noch international machen kann, worauf vertraust du denn, dass ausgerechnet jener geographische Bereich, der sich bisher solchen Regeln am heftigsten entzogen hat, nämlich der angloamerikanische, dieses Mal dabei ist? Und das stimmt. Wir selber haben, als wir 2007 die G7-Präsidentschaft innehatten und ich im Februar 2007 bei einem G7-Finanzministertreffen in der Villa Hügel war – Herr Beitz hatte die Villa freundlicherweise für einen solchen Rahmen zur Verfügung gestellt – das Thema der Transparenz auf die Tagesordnung gesetzt. Ich muss zugeben, es war damals sehr stark fokussiert auf das Thema der Hedgefonds. Aber es ging im Kern darum, dass die Marktteilnehmer durch eine solche Transparenz in den Stand versetzt werden müssen, ihre eigenen Risikoprofile zu erarbeiten, und seien die Produkte noch so *sophisticated*. Damals hat mir ein Fellow-Minister sehr jovial auf die Schulter geklopft und gesagt, ihr Deutschen wollt immer alles regulieren. Das ist der heutige britische Premierminister, der aber gerade bei dem letzten Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs ein Papier eingebracht hat, das nichts anderes fordert, als eine sehr viel stärkere Regulierung und nun für sich vielleicht in einer spezifischen innenpolitischen Situation das Copyright für dieses Thema in Anspruch nimmt. Talleyrand hat einmal gesagt, „Hochverrat ist eine Frage des Datums“.

Ich bin Ihnen schuldig geblieben, wie denn die Motive lauten könnten. Bei den Amerikanern sind es im Wesentlichen zwei Motive. Das erste Motiv habe ich bereits angedeutet, es betrifft die Integrität ihrer Finanzmärkte. Ein Land, das so sehr auf Kapitalzufuhr aus der ganzen Welt angewiesen ist, ein Land, das nach meiner Meinung zweidrittel der weltweiten Sparleistungen attrahieren muss, um seine Defizite abzudecken, muss penibel darauf achten, dass die-

se Märkte für integer gehalten werden, weil sonst die Anleger, in den Summen, die benötigt werden, nicht kommen, sondern, weil es sonst eine erstaunliche Diversifizierung geben wird, jedenfalls dieser Kapitalbedarf der Amerikaner nicht mehr gedeckt werden kann. Das zweite Motive, warum sich die Amerikaner jetzt auf solche Entwicklung einlassen werden, lautet *Investors Protection*, nicht im Sinne von institutionellen Investoren, sondern mit Blick auf Sie und mich, die für ihre Altersversorgung ihr Geld anlegen, denn es gibt in den USA keine beitragsfinanzierte, keine umlagefinanzierte Rente, jedenfalls als eine wichtige Säule der Altersversorgung. In dem Augenblick, wo diese Menschen in den Sparphasen, wo sie wirtschaftlich aktiv gewesen sind, ihr Geld Kapitalsammelstellen zugeführt haben, die dieses Geld angelegt haben – natürlich immer in der Vorstellung, sie müssten mindestens 9 Prozent und nicht etwa popelige 4 oder 5 Prozent bekommen – plötzlich feststellen, dass in einer solchen Finanzmarktkrise ihr ganze Geld und ihre ganze Altersvorsorge per Fonds perdu sein könnte, ist ganz Florida, wo der Altersdurchschnitt wahrscheinlich bei 85 liegt, nicht mehr versorgt mit einer Altersvorsorge. Das dritte führt wieder auf das Thema zurück – auf England. England ist wirtschaftlich inzwischen in der Generierung seiner Wirtschaftsleistung in einer Form abhängig von einem Finanzdienstleistungssektor, der viel größer ist und eine viel größere Rolle spielt als in der Bundesrepublik Deutschland. Warum? England hat seine industrielle Basis so gut wie aufgegeben. Wir in Deutschland haben im Sinne von nationaler Strukturpolitik vielleicht einiges unbewusst, jedenfalls nicht ganz falsch gemacht. Es war richtig, eine industrielle Basis in Deutschland zu halten, teilweise immer mit dem Vorwurf begleitet, du greifst in Marktbildungen ein, und letztendlich kommt etwas Ineffizienteres heraus, aber es ist im Vergleich zu England nicht so ganz unwichtig, dass wir noch eine Werftindustrie, eine Stahlindustrie, eine Chemieindustrie – sogar eine Grundstoffchemieindustrie – und ähnliche Branchen haben – nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in vielen anderen Teilen. Dies federt ab, das heißt, die Elastizität, mit der wir auf eine solche Finanzmarktkrise reagieren, ist nicht so stark wie in Großbritannien, wo wahrscheinlich 20, 25 Prozent des britischen Bruttosozialproduktes abhängig sind, von dem, was in der City of London passiert. Also sind die auch – *for the time being* – interessiert daran, sich vielleicht auf der supranationalen Ebene auf solche Spielregeln zu verabreden.

Abschließend will ich sagen, dass Ihnen keiner eine Prognose geben kann, wie lange diese Finanzmarktkrise dauert. Glauben sie dem, der es tut, nicht von hier bis zum nächsten Türdrücker. Das ist nicht belastbar. Umgekehrt macht es aber auch keinen Sinn, nun in Hysterie zu verfallen. Und die Artikel, die Sie lesen, dass es aus den Forderungen auf Kreditkartenba-

sis eine weitere Welle geben mag, wo all diese Forderungen wiederum verpackt, gehexelt und wieder zusammengelegt worden sind und sich wieder in Verbriefungen oder strukturierten Produkten wiederfinden. Keiner weiß es. Wir stellen fest, dass sich einiges in Deutschland vielleicht stärker bewährt hat, als wir gelegentlich auch in dieser sehr puristischen ordoliberalen Haltung uns haben vorhalten lassen. Dazu will ich zum Schluss einige Bemerkungen machen.

Wir stellen plötzlich fest, dass unser Universalbankensystem gar nicht so schlecht ist. Wir stellen plötzlich fest, dass sich Banken, die sich weitgehend über ihre Einleger finanzieren, stabiler sind, als Investmentbanken, die buchstäblich tageweise um Geld gehechelt haben, um sich mit Kapital zu versorgen. Wir stellen plötzlich fest, dass das langweilige deutsche Bausparkassenwesen denjenigen, die Eigentum erwerben wollen, eine sehr konstante und sehr stabile Größe ist, belächelt in ganz Europa. Denn diejenigen, die Geld zu den Bausparkassen getragen haben, wissen genau, dass es diesen Bausparkassen zum Beispiel gesetzlich verboten ist, sich in hoch riskanten Anlageformen zu engagieren. Sie sind nicht im amerikanischen Hypothekenmarkt, nicht im Verbriefungsmarkt engagiert. Wir stellen plötzlich fest, dass das gelegentlich gescholtene dreisäulige deutsche Kreditwesen vielleicht ein gewisser Puffer in dieser Zeit sein könnte, bestehend aus privaten Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die mindestens mit Blick auf die Kreditversorgung des Mittelstandes – einem der wichtigsten Segmente der deutschen Wirtschaft – von erheblicher Bedeutung sind. Die Gefahr einer Kreditklemme ist nicht von der Hand zu weisen, aber viele Verbandsvertreter sagen mir, wir haben derzeit keine Kreditklemme. Wir müssen alles tun, um das zu verhindern. Es ist schlimm genug, dass sich die Kreditkonditionen verschlechtern. Wir stellen plötzlich fest, dass eine Sparquote in Deutschland von 11,5 Prozent dieses Land ganz anders dastehen lässt, als ein Land, das gar keine positive Sparquote, sondern eine negative, -0,5, -1 Prozent hat, das Land, das ich schon mehrfach erwähnt habe und das deshalb auf eine solche Kapitalzufuhr angewiesen ist. Ökonomen, und davon sitzen hier viele, würden sagen, nun ja, 11 Prozent ist schon ein bisschen viel. Die Entwicklung der Sparquote in Deutschland ist im Augenblick ein Seismograph für die Unsicherheit, die es gibt. Aber wir stellen fest, dass es einige Strukturelemente gibt, entwickelt aus der Geschichte dieser Bundesrepublik Deutschland, unter dem Rubrum einer sozialen Marktwirtschaft, die in meinen Augen nicht nur verteidigungswürdig sind, sondern wo wir uns in dieser Krise vielleicht als Lerneffekt daran machen könnten, sie wieder attraktiver und zustimmungsfähiger zu machen. Die Vorteile, die ich vorhin aufgelistet habe, sind unabweisbar im Vergleich zu allen anderen

Modellen, die man sich vorstellen kann. Dazu gehören intakte Institutionen. Ich will in der Tat schließen mit einem hoffentlich nicht als pädagogischen Zeigefinger wahrgenommenen Satz: Die gelegentliche Verachtung, mindestens Diskreditierung, die ich in den letzten Jahren wahrgenommen haben gegenüber der Politik, gegenüber dem Parteienwesen, ist sehr gefährlich. Ich weiß, dass der Auswahlmechanismus der Politik nicht immer die besten Leute hervorbringt, das ist mir sehr bewusst, gilt allerdings für andere Berufsstände auch. Mein Respekt gegenüber den Bankern entspricht im Moment dem Respekt, den Banker den Politikern entgegenbringen. Noch einmal, das was gelegentlich diskreditiert worden ist, dass Kompromisse immer faul seien, dass der Mechanismus und die Zeitdauer, Konsens zu bilden, etwas eher anstrengendes und nichts geradliniges sei und mit den Entscheidungsprozessen der Wirtschaft nicht zu tun habe, das es gelegentlich Leerlauf gibt, auch Rituale, das ist alles nicht von der Hand zu weisen. Aber in einer solchen Situation intakte demokratische Institutionen zu haben, eine einigermaßen handlungsfähige politische Ebene als Repräsentant dieses Staates, scheint mir nicht ganz unwichtig zu sein. Wenn das ein weiterer Lerneffekt aus dieser Krise sein könnte, dann würde ich mich darüber sehr freuen, und ich könnte mir vorstellen, dass wir dann auch vermeiden können, dass zu Lasten der demokratischen Substanz dieses Landes Menschen diesem Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft ihre Legitimation und ihre Zustimmung entziehen. Aber um das zu verhindern, sind Sie alle genauso mitverantwortlich, und nicht nur die Politik allein. Herzlichen Dank fürs Zuhören.